Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig Gerberstr. 1 IV Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 42 — Sonnabend, den 15. Oktober 1921 — 25. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Zuzug fernhalten", in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

*

Gesperrt:

Friedrich Krapf, **Eisenach.** Sieber u. Geißer, Grabsteingeschäft in **Billingen.** Betrieb von Martin Peter, **Barnhalt.** Bildhauer Hugo Wetz, **Grünberg** i. Schl. Die Betriebe der Firma Lutz in **Zeil** und Umgebung. Grabsteingeschäft **Franz** Rolf in **Paderborn,** Reiner in **Augsburg-Pfersee.** In **Jena** die Grabsteingeschäfte von Pufe und Flügner, Ebert und Beyer. In **Bremen** Grabsteingeschäft Berger und Traube.

Streik:

Osterode a. Harz (Marmorarbeiter). **Großkunzendorf** und **Oberpeilau.** Bei der Firma Meine und Illemann in **Osterwald** (Brecher und Hilfsarbeiter). **Stuttgart** (Bau-Steinmetzen).

Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik nach **Ibbenbüren** i. Westf., **Trier** (Firma Schüller). **Wriezen** (Betrieb Wullf). **Freienwalde** (Betrieb Frank), **Wulsdorf, Frankfurt** a. M., **Höchst** und **Offenbach** a. M. (Grabmal- und Marmorbranche), nach **Gotha** und **Seebergen, Kaiserslautern** (Granitwerke Olsbrücken). Nach **Ostfriesland** und **Papenburg, Eberbach** und Umgebung (Baden), nach dem **Ruhrsandsteinbezirk.**

Maintalsandsteinarbeiter (rotes Gebiet). In zwei Verhandlungen boten die Unternehmer eine unannehmbare Zulage. Für das Gebiet bestanden bisher Einheitslöhne. In Zukunft sollte der Bezirk in drei Lohngebiete geteilt und eventuell immer gesondert verhandelt werden. Wir lehnten dies ab. Die Miltenberger Firmen sind bereit, für ihre Betriebe in Klingenberg, Röllfeld, Röllbach, Großheubach, Miltenberg, Bürgstadt, Eichenbühl, Fechenbach (Betrieb Winterhelt) und Trennfeld für Steinmetzen 80 Pf., Brecher und Bossierer 75 Pf. und für Hilfsarbeiter 70 Pf. pro Stunde Zulage ab 3. Oktober zu gewähren. Die Arbeiter, die in Miltenberg wohnen, erhalten 20 Pf. mehr pro Stunde zu vorstehender Aufbesserung. Die Löhne der jugendlichen Steinbrucharbeiter, der Lehrlinge und die Akkordsätze der Säureträgemacher, erhöhen sich im Verhältnis zur Stundenlohnaufbesserung um 20 Prozent. Die Kalksteinarbeiter erhalten im Akkord auf den Tarif 450 Prozent. Alle übrigen Abmachungen, Entscheide usw. sollen bestehen bleiben. Da die Schlichtungsausschüsse Aschaffenburg und Mosbach angerufen werden, verpflichteten sich die Unternehmer, deren Entscheide anzuerkennen.

Erledigte Bewegungen.

Gommern. Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses in Burg sind die Löhne für Verheiratete um 18 Prozent, für Unverheiratete um 15 Prozent und für Akkordarbeiter um 12 Prozent, mit Wirkung vom 1. September erhöht. Der Schiedsspruch ist von beiden Parteien angenommen, die Kollegen haben aber infolge der Unzulänglichkeit der zugesprochenen Erhöhung bereits eine neue Forderung eingereicht.

Flensburg. Nach kurzer Arbeitseinstellung wurde den Steinmetzen eine Lohnerhöhung von 1.20 M. zugestanden. Der Lohn steht damit auf 8 M. pro Stunde.

Saalburg. In dem, mit dem Marmorwerk verbundenen Holzsägewerk haben sich Arbeitswillige gefunden, wodurch der Erfolg in Frage gestellt wurde. Der Streik wurde von den Beteiligten als beendet erklärt.

Berlin. Der Streik der Marmorarbeiter wurde mit Erfolg beendet. Die nun für Berlin geltenden Stundenlöhne sind unter „Bekanntmachungen der Zahlstellen" aufgeführt.

Mühlhausen-Langensalza. Folgende Entlohnung wurde vereinbart:

Mühlhausen: Steinmetzen 7.25 M., Betriebshandwerker 6.80 M., ungelernte Arbeiter 6.65 M.

Langensalza: Steinmetzen 7.10 M., Betriebshandwerker 6.65 M., ungelernte Arbeiter 6.45 M.

Akkordzulage (für beide Orte) scharrierte Arbeit 800 Proz., geschliffene 840 Prozent. Der Vertrag gilt vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1921 mit dreiwöchiger Kündigungsfrist.

Wurzen-Beucha-Grimma. (Pflaster und Schotter.) Nach siebenwöchiger Dauer wurde der Streik mit folgendem Ergebnis beendet: Die Stundenlöhne werden um 1.30 bis 1.50 M. erhöht. Die Akkordteuerungszulage beträgt für die blauen Betriebe mit Ausnahme von Kleinsteinberg 675 bis 700 Prozent. Für den Beuchaer Bezirk 675 Prozent, vorher 500 Prozent. Für die mit in Streik getretenen Steinmetzen wurde ebenfalls ein befriedigender Abschluß erzielt.

Ebelsbach-Zeil. (Steigerwaldsandsteingebiet.) Als Nachtrag zur Lohnregulierung vom 16. August 1921 erhalten sämtliche über 18 Jahre alten Vollarbeiter aller drei Sparten, Steinmetzen, Schleifsteinmacher, Steinbrecher und Hilfsarbeiter ab 1. Oktober eine Zulage von 70 Pf. pro Stunde. Jugendliche und minderleistungsfähige Arbeiter und die Steindreher erhalten vom gleichen Tage ab eine Zulage von 15 Prozent.

Jena. Streik beendet. Die gesperrten Firmen sind jedoch zu meiden. Arbeitszeit 45 Stunden pro Woche. Lohn vom 1. Oktober 1921 7.75 M. Vom 1. November 1921 weitere 25 Pf.

Landsberg a. W. Lohnbewegung kam zum vorläufigen Abschluß, 1 M. pro Stunde mehr und 15 Prozent auf sämtliche Akkordarbeit. Vereinbarung gilt vom 15. September bis 1. Dezember, mit vierwöchentlicher Kündigungsfrist evtl. weiterlaufend.

Ist eine Beitragserhöhung notwendig?

Das Wort Beitragserhöhung hat für viele Verbandsmitglieder, wohl den meisten, etwas Unangenehmes an sich, denn dadurch erhöhen sich die Nebenausgaben vom Einkommen und stört die Dispositionen über die Verwendung des verbleibenden wöchentlichen Reinbestandes. Alle Rechen- und Einteilungskunst im Haushalt kann nicht immer garantieren, daß der verbleibende Bestand von einem Zahltag zum andern ausreicht. Manche unvorhergesehene, plötzlich notwendig werdende Ausgabe wirft alles „Einteilen" wieder über den Haufen oder diktiert Abstriche von anderen bereits vorgesehenen Ausgaben. So gestaltet sich das Haushalten mit dem Lohn in den meisten Fällen zu einem Durchwürgen und gestattet nicht über mehrere Zahltage hinaus Festlegungen zu treffen, die besonders für die Wintermonate geboten erscheinen. Darum sehen auch die Arbeiterfrauen und Arbeiter so zerknittert aus in ihrem Gesicht, denn Sorge und Not im Existenzkampf hinterlassen ihre deutlichen Spuren, ziehen Furchen ins Antlitz, die nach dem Alter bei den meisten noch nicht vorhanden sein dürften. Von diesen tatsächlichen Verhältnissen ausgehend hat eine Beitragserhöhung gewiß etwas Unangenehmes für alle Mitglieder und ist durchaus begründet.

Trotzdem läßt sie sich nicht umgehen, sie ist notwendig, wenn die Organisation auf der Höhe bleiben soll. Bereits in Nr. 41 wurde die Erhöhung eingehend begründet und hat, soweit wir es heute übersehen können, bei den einsichtigen Mitgliedern großes Verständnis gefunden. Die Geldentwertung seit der letzten Beitragsregulierung (Mai 1920) hat außerordentlich zugenommen, besonders erschreckend ist der Sturz des Markkurses in letzter Zeit. Die Entwertung macht sich auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens stark bemerkbar und so wie sie den einzelnen in seiner Wirtschaftshaushaltung trifft, so trifft die Entwertung auch die Organisation in ihrem Haushalt.

Die eigentümliche Wirkung des Sturzes der Mark ist Geldentwertung im Innern und besserer Geschäftsgang — nach dem Auslande und Arbeitslosigkeit in den Sieger- und neutralen Staaten, den sogenannten valutastarken Ländern. Dieser Wirkung stehen deren Staatsmänner, Volkswirtschaftler, Finanzleute und nicht zuletzt die Arbeiterschaft mit recht gemischten Gefühlen gegenüber. Es sind die Auswüchse der Deutschland auferlegten ungeheuren Kriegslasten. Für das arbeitende Volk hüben und drüben bringt es eine Zurückschraubung der Lebenshaltung; ein Elend hat das andere im Gefolge. Würden die Macher des Ganzen ihre kapitalistischen Brillengläser durch andere zu ersetzen suchen, könnte ein Ausweg gefunden werden, aber ihr Prestige als „Sieger" läßt keine Vernunft aufkommen.

In Deutschland jagt infolge der Geldentwertung eine Lohnbewegung die andere, um mit den steigenden Lebenshaltungskosten Schritt zu halten, was jedoch immer schwieriger wird. Zwischen „Auskommen" und „Einkommen" wird die Kluft immer größer. Und wie bereits bemerkt, trifft dieser Zustand nicht nur den einzelnen, sondern auch die Organisationen dieser einzelnen. Die Ausgaben in sachlicher und persönlicher Hinsicht sind nach der letzten Beitragsfestsetzung 1920 geradezu unheimlich gestiegen und die Unterstützungssätze bei Streiks und in anderen Fällen stehen in gar keinem Verhältnis mehr zu der Kaufkraft des Geldes. Eine Aenderung ist dringend notwendig! Die Einnahmen des Verbandes bauen sich auf nur durch die Beiträge. Als Norm galt der Stundenlohn bei Festsetzung der Beiträge im Jahre 1920. Das Verhältnis hat sich nun, teilweise ganz bedeutend, verschoben und wir haben die Pflicht, Beitrag, Unterstützungen und Stundenlohn, Geldentwertung miteinander in Einklang zu bringen. Jedes Verbandsmitglied ist an der Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Verbandes interessiert. In einer meist falsch aufgefaßten Sparsamkeit ist bisher auch oft eine niedrigere Beitragsklasse gewählt worden, als wie nach dem tatsächlichen Stunden- und Akkordlohn und den Bestimmungen des Statuts vorgesehen ist. Erst eingetretene Unterstützungsfälle zeigen dem einzelnen des Verkehrte seiner „Sparsamkeit". Am empfindlichsten natürlich während eines Streiks oder Aussperrung.

Einige Zahlstellen des Verbandes haben auch nicht mit der nötigen Energie bei der Stundenlohnsteigerung den Uebergang in eine höhere Beitragsklasse befürwortet und so ist die Tatsache zu verzeichnen, daß in verschiedenen Orten Akkordarbeiter, die im Durchschnitt 7 oder 8 Mark verdienen, noch in der 2. oder gar in der 3. Beitragsklasse glauben der Organisation gegenüber ihre Pflicht zu erfüllen. Kommt nun eine solche Zahlstelle in die Lage, durch Kampfmaßnahmen die statutarische Unterstützung in Anspruch nehmen zu müssen, dann wird in den meisten Fällen nicht der verkehrten „Pflichterfüllung" gedacht, sondern auf den Verband geschimpft wegen der niedrigen Unterstützung; das ist ja immer viel bequemer als nachzudenken, wer daran schuld hat. Den Zahlstellen trifft die Hauptschuld mit, weil sie nicht genügend auf die Bestimmung im Statut verwiesen haben. Die wichtigste Unterstützung des Verbandes ist immer noch die Streikunterstützung, das sollte von keinem Mitgliede übersehen werden. Es muß nun, wenn der Geldentwertung Rechnung getragen werden soll, mindestens eine Verdoppelung der Unterstützung stattfinden, ebenso der Beiträge.

In allernächster Zeit wird die Verbandsleitung mit einer neuen Beitrags- und Unterstützungsvorlage an die Mitglieder herantreten und mit Hilfe einer Urabstimmung die Meinung der Kollegen erproben.

Obwohl das Statut im § 6, Absatz 9, den Verbandsinstanzen mit dem Beirat das Recht gibt, über Beitragserhöhungen zu entscheiden, ist es doch jedenfalls richtiger, wenn darüber die Gesamtmitglieder gefragt werden. Ueber den Ausgang einer solchen Abstimmung bestehen bei uns keine Zweifel, denn bisher haben unsere Kollegen im allgemeinen gegen Notwendigkeiten sich noch nie verschlossen. Die jetzigen Verhältnisse, die durch die Geldentwertung so offen und klar zutage liegen, kann kein Mitglied in Abrede stellen und wer will, daß seine Stütze im wirtschaftlichen Kampf nicht wirkungslos wird, der wird sicherlich für die Erhöhung der Beiträge und Unterstützungen eintreten und Zweifler und Miesmacher auf diesem Gebiet überzeugen können, daß eine Beitragserhöhung notwendig ist!

In eigener Sache.

Zum Artikel: „Zwei Briefe" in Nummer 39 des „Steinarbeiter" habe ich etwas zu sagen; denn nachdem Herr Schilling, Greifswald, mir nun schon zweimal die Ehre erwiesen hat, sich in Zuschriften an unsern Redakteur mit meiner Person zu beschäftigen, wäre es kaum zu verstehen, wenn ich mich nicht rühre. Vielleicht wird mir dann gar eine Eigenschaft unterstellt, die ich nicht besitze. Als Herr Schilling in seiner Zuschrift vom Juni mir nachsagte, daß ich seine Person mit einer pikanten Begebenheit in Greifswald in Zusammenhang gebracht, er mir aber trotzdem auf seine Kosten einen 14tägigen Aufenthalt in Greifswald zwecks Studien anbot, war ich über so viel Entgegenkommen doch erstaunt, beinahe zerknirscht und war willens, alles ad acta zu legen und als erledigt anzusehen.

Nun hätte ich ja gern das Angebot angenommen, doch dachte ich, die Unkosten, die Herrn Schilling dadurch entstehen, sind vielleicht besser dazu angewandt, die Löhne der bei ihm beschäftigten Steinarbeiter aufzubessern. Leider habe ich es unterlassen, dementsprechend einen Vorschlag zu machen.

Wie sich unsere Kollegen aus dem Briefwechsel in Nummer 39 des „Steinarbeiter" überzeugen können, denkt Herr Sch., wie es scheint gar nicht daran, annehmbare Löhne zu zahlen, sondern versteckt sich hinter recht billige Ausreden. Wer aber heute seinen Leuten in einer Stadt wie Greifswald zumutet, mit „Löhnen" von 4.— bzw. 4.60 Mark (neuerdings) pro Stunde auszukommen, dem muß man schon Einblick und Verständnis für die Not der Zeit absprechen.

Es ist aber äußerst bequem, sich hinter künstlich konstruierte Gründe zu verschanzen, um nur nicht den Geldbeutel in Gefahr kommen zu lassen.

Ein Mann wie Herr Sch., der selbst in seinen Artikeln den Grundsatz aufstellt, bei gelegentlichen Zusammenkünften auf Kosten keine Rücksicht zu nehmen, und recht deutlich schrieb: „Wir brauchen doch heute nicht mehr für uns und unsere Kinder, sondern nur noch für den Staat zu sparen!" sollte sicher daran denken (wenn er auch selbst in der glücklichen Lage ist, durch seinen Verdienst, der natürlich das vielfache des Lohnes eines seiner Arbeiter ist, keine Familie ernähren zu müssen), daß seine Arbeiter mit ihren Kindern auch ein Recht zum Leben haben.

Ich glaube sicher, daß auch Herr Sch. sich zu den Leuten rechnet, die in der christlichen Glaubenslehre das staatserhaltende Allheilmittel sehen. Wenn dieses der Fall ist, dann möchte ich Herrn Sch. auf eine Auslegung des 7. Gebotes durch den Herrn Pastor Naumann, früher Langenberg (Sachsen), aufmerksam machen. Derselbe schreibt: „Du sollst nicht stehlen." Was heißt das? Antwort: „Wir sollen Gott fürchten und lieben, daß wir den sauren Schweiß und die Arbeit unseres Nächsten nicht um geringer Löhnung an uns bringen!"

Es ist gewiß viel einfacher, sich hinter nichtige Gründe zu verstecken, als wirklich nach christlichen Grundsätzen zu handeln.

Doch nun zum Kern der Sache. Wenn Herr Sch. behauptet, ich hätte anonymerweise über seine Person Klatsch und Tratsch losgelassen, so ist dieses, gelinde gesagt, eine Unrichtigkeit. Erstens habe ich meine Artikel immer so unterzeichnet, daß jeder, der es erfahren wollte, leicht feststellen konnte, wer der Verfasser war. Zweitens wird wohl niemand behaupten können, daß ich durch das Einflechten des Artikels aus dem „Greifswalder Tageblatt" Herrn Schilling als den fraglichen Fabrikanten bezeichnet habe. Einmal ist dieses im Artikel selbst nicht ausgesprochen, sogar das Gegenteil angedeutet worden, und zum andern hätte Herr Sch., wenn er trotzdem der Meinung war, wohl sicher seine im früheren Eingesandt enthaltene Drohung wahr gemacht. Nur weil ich annahm, daß Herr Sch. bei ruhiger Ueberlegung selbst den Irrtum einsieht, der ihm unterlaufen war, indem er die Geschichte, die nur die Moral mancher Kreise charakterisieren sollte, auf seine Person bezog, hielt ich es für überflüssig, auf sein Eingesandt zu antworten. Wenn Herr Sch. die Sache aber heute immer noch mit seiner Person in Verbindung bringt, dann ist es ganz seine Sache. Damit kann aber ungewollterweise der Richtigkeit des Sprichwortes Rechnung getragen werden: „Wem die Jacke paßt, der zieht sie an."

Ich jedenfalls erkläre hiermit, daß es mir fern liegt, behaupten zu wollen, daß die Person des Herrn Schilling, Greifswald, mit dem zitierten Artikel etwas zu tun hat. Wenn Herr Schilling seinerzeit aus meiner Abhandlung „Etwas über Egoismus und Idealismus" das Gegenteil herausgelesen hat, dann muß ich dies bedauern.

Damit hoffe ich Herrn Schilling nun die Möglichkeit gegeben zu haben, mit einem Vertreter unserer Organisation über eine angemessene Entlohnung der bei ihm beschäftigten Leute verhandeln zu können. Sollte trotzdem Herr Schilling nun noch nicht daran denken, seine Leute den heutigen Verhältnissen entsprechend zu bezahlen, dann wäre für uns der Beweis erbracht, daß die im Schreiben vom 9. September vorgebrachten Gründe nur Scheingründe sind, um den Arbeitern den ihnen zukommenden Lohn nach den Teuerungsverhältnissen vorzuenthalten, hoffe aber, daß wir in allernächster Zeit mitteilen können, daß der wirklich unterlaufene Irrtum nicht der Grund ist und war, die niederen Löhne beizubehalten. Sollte aber das Gegenteil zutreffen, dann habe ich Schuld und sage: „Pater, peccavi."

Gustav Nitsche, Berlin.

Ein Schlußwort.

Im „Deutschen Steinbildhauer" Nr. 28 beschäftigte sich Herr Dr. Ing. G. Steinlein (München) mit meinem Artikel „Einige Bemerkungen" in Nr. 37 des „Steinarbeiter"; bekanntlich eine Gegenäußerung gegen eine frühere Abhandlung von ihm. Wie nun vorauszusehen war, hat ein Teil meiner Ausführungen ihm nicht gefallen, und wird von dem genannten Herrn der Versuch unternommen, sie richtigzustellen. Ueber das Gelingen gehen unsere Auffassungen natürlich auseinander. Herr Dr. Ing. St. schreibt, daß er seit dreißig Jahren in München einem größeren Steingeschäft vorsteht und mit seinen Leuten immer in Ruhe und Frieden gelebt habe, das ist sicherlich zu begrüßen und zu wünschen wäre nur, daß es von allen Betrieben in München gesagt werden könnte. Der Einfluß von Herrn Dr. Ing. St. scheint aber über seinen Betrieb nicht hinauszugehen; denn gerade in München bedurfte es eines wochenlangen Streiks und wenn ich nicht irre, zehnmaliger Verhandlungen, um nur einigermaßen Löhne zu erzielen, die es ermöglichten, die notwendigste Existenzgrundlage zu halten.

Mit der Politik in den Betrieben kann sich der Artikelschreiber auch nach meinen Darlegungen nicht einverstanden erklären. Ich habe auseinander gesetzt, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Politik sich nicht aus den Betrieben verbannen läßt. Die Politik ist mit den wirtschaftlichen Verhältnissen eng verbunden und kommt gewollt oder ungewollt auch damit in die Betriebe. Dies wird mir jeder rührige Betriebsrat gern bestätigen. Wer dies nicht begreift oder begreifen will, dem ist einfach nicht zu helfen. Der Kapp-Putsch konnte nur durch die Geschlossenheit der Arbeiter und eines Teils des demokratischen Bürgertums zum Scheitern gebracht werden. Zu behaupten, daß nur die „Ruhe und Vernunft" des Bürgertums dies ermöglichte, ist etwas kühn. Wir wissen genau, in welchen Kreisen jene saßen, die gar zu gern der jungen Republik den Garaus gemacht hätten, wissen ferner, daß ein Teil von Beamten recht gerne die Entlohnung von der Republik einstreichen, im Innern aber diese Staatsform und ihre Repräsentanten zum Teufel wünschen und gar zu gern die Monarchie wieder in den Sattel heben möchten. Dies wird ihnen aber, solange als

Schutz der Republik eine klassenbewußte Arbeiterschaft vorhanden ist, nicht gelingen.

Das Bestreben der Steinarbeiter, ihre Arbeitszeit in ihrem gesundheitsschädlichen Beruf auf das niedrig möglichste Maß herabzusetzen, kann nur begrüßt werden. Drei Stunden die Woche länger, wie es der Artikelschreiber erwähnt, macht dem Steinarbeiter für seinen Gesundheitszustand schon sehr viel aus, zumal wenn man als Steinmetz tätig ist und nicht Vorsteher eines Geschäftes. Die Handlungsweise der Münchner Kollegen, die sich mit aller Kraft gegen eine Verlängerung wehrten, kann im Interesse der Steinarbeiter nur voll unterstützt werden. Empfehlen möchte ich Herrn Dr. Ing. G. Steinlein, sich in die Denkschrift zur Bundesratsverordnung und die Broschüren des Herrn Professors Sommerfeld über die Sterblichkeit im Steinmetzgewerbe zu vertiefen, dann wird er auch den Gedankengang der Münchner Steinarbeiter durchaus verstehen lernen. Die kurze Arbeitszeit ist auch noch deshalb notwendig, damit der Arbeiter Zeit gewinnt, sich seiner Familie mehr zu widmen. Er soll helfen die Lebensbedingungen in der Familie zu erleichtern und der Frau hilfreich zur Seite zu stehen. Dies hebt besonders in ihrem Bericht die württembergische Gewerbeinspektion hervor. Ueberall sollen die freien Sonnabend-Nachmittage eingeführt werden zum Segen der Frau, der Familie und damit unserer Zukunft. Irrig ist es, wenn noch immer geglaubt wird, daß bei längerer Arbeitszeit höhere Leistungen erzielt werden, als bei kurzer mit wenig Pausen. Dafür können soviel Beispiele angeführt werden, daß es sich erübrigt, noch ein Wort darüber zu verlieren.

Die militärische Erziehung wird nochmals im Artikel zur Sprache gebracht. Der Artikelschreiber behauptet, die jungen Leute, die im Bericht erwähnt sind, hätten gar keine militärische Erziehung durchgemacht. Sie seien vielmehr Erziehungsprodukte des „sozialistischen Staates". Mir ist bis jetzt noch nichts bekannt, daß Deutschland ein sozialistischer Staat ist. Für mich ist es bis dato nur eine bürgerliche Republik mit Auswüchsen, die in einem sozialistischen Staat nicht vorhanden wären. Wenn auch nicht alle jungen Leute Soldat waren, so konnte doch ihre Erziehung von den dazu Berufenen in den letzten Jahren nicht so überwacht werden, wie es nötig war. Der Vater im Krieg, die Mutter in der Munitionsfabrik, das Kind auf der Straße, so war das Familienbild beim Proleten. Wie es so möglich sein sollte, die Moral zu heben, ist mir unbegreiflich; hier ist nur allein der Krieg schuld. Es gehört schon kein beneidenswerter Mut dazu, diese Verbrechen, die am Volke begangen wurden, durch den monarchistischen Staat, jetzt dem sozialistischen Gedanken zu unterschieben. Auch ein monarchistisches Staatswesen könnte das heutige Elend, daß es durch seine verbrecherische Politik erst erzeugt hat, nicht aus der Welt schaffen. Es war die höchste Zeit, daß die Revolution diesen morschen Ast absägte, deren Träger schleunigst mit den Goldsäcken ins Ausland verschwand. Nicht die heutige Staatsverfassung ist schuld, daß Wucher- und Schiebertum solche Orgien feiern können, sondern der unglückselige Krieg, der bei dieser Sorte von Menschen die Bestie erzeugte und ihnen jedes Mitgefühl für ihren Mitmenschen nahm. Der Artikelschreiber scheint aber ganz zu vergessen, daß Wucher- und Schiebertum schon während des Krieges in der damals nach meiner Ansicht noch bestehenden Monarchie in der höchsten Blüte stand. Beispiele sind genug vorhanden und dürften auch Herrn Dr. Ing. G. Steinlein bekannt sein. Oder gab es in Bayern während des Krieges keine Schieber? Es scheint aber jetzt immer mehr Mode zu werden, für alle früheren Verbrechen die heutige Staatsverfassung und -form verantwortlich zu machen. Bei einer Monarchie würden wohl viele den Mund nicht so voll nehmen, wie sie es heute tun, weil sie wissen, daß die Republik ihnen freien Lauf läßt. Das ganze Elend, wie es heute besteht, kann nur beseitigt werden durch die Ablösung des Kapitalismus und seine Ersetzung durch den völkerbefreienden Sozialismus in der ganzen Welt.

L. J.

Kämpft für die wahre Gemeinschaft der Völker! Helft dem russischen Volk!

(FGB.) Die Zeitungen vom 26. September bringen folgende Meldung:

„Die Versammlung des Völkerbundes hatte beschlossen, die Frage der Hungersnot in Rußland auf ihre Tagesordnung zu setzen. Die mit der Untersuchung betraute Unterkommission hat jedoch festgestellt, daß die Regierungen unter den heutigen Umständen nicht in der Lage sind, Kredite zu gewähren. Die Kommission hat denn auch beschlossen, die ihr gestellten Fragen verneinend zu beantworten."

Die Kommission hat also der Versammlung abgeraten, „an die Regierungen einen dringenden Appell zu richten, die notwendigen Kredite zu gewähren."

Die Kommission konnte der Versammlung nicht empfehlen, „den Rat des Völkerbundes aufzufordern, die bestehende Organisation für internationale Kredite für die Verwaltung der verfügbaren Kapitalien und die Ueberwachung der durch die russische Regierung zur Garantie der Kredite bewilligten Bürgschaften zur Verfügung zu stellen."

Wenn man den feierlichen Einsetzungsworten glauben soll, ist der Völkerbund begründet worden „zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen und zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit." Was liegt näher, als daß die Mitglieder dieses Bundes alle Bestrebungen bereitwillig, ja leidenschaftlich unterstützen, in denen der Geist internationaler Hilfsbereitschaft einmal zur Tat werden kann.

Es wäre daher zu erwarten, daß die Bundesmitglieder sich zu Vorkämpfern der Hilfsaktion für Rußland machen würden. Ein Volk in Not! Millionen von Hunger und Epidemien heimgesucht! Welch eine würdige Aufgabe für diese beredten Anwälte der Humanität. Sie scheuen sonst weder Kosten noch Resolutionen. In vielen Kommissionen lösen sie mit dem Munde alle politischen Fragen von der Küste des Stillen Ozeans bis zur polnisch-litauischen Grenze, alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme, deren furchtbaren Auswirkungen besiegte und siegreiche Völker ausgesetzt sind.

Aber, wenn es sich darum handelt, ihre Ideale in die Praxis umzusetzen, sind sie nicht in der Lage, Kredite zu gewähren. Sie haben kein Geld.

Sie haben kein Geld für Hungernde und Kranke. Sie haben kein Geld, um darbende Kinder vor Elend und Tod zu schützen.

Aber für Großkampfschiffe, Granaten, giftige Gase und alle Mordwerkzeuge unserer „Zivilisation" haben die Bundesmitglieder Geld genug — trotz aller Friedensbeteuerungen.

Japan braucht nahezu 50 v. H. seiner jährlichen Ausgaben, fast 115 Millionen Pfund, für Heer und Flotte. England hat jetzt, vor der Friedenskonferenz in Washington, vier Schlachtschiffe in Auftrag gegeben, die 30—40 Millionen Pfund kosten; die reicheren Dominions werden das Mutterland durch Aufstellung eigener Flotten entlasten und unterstützen. Allein für seine Luftflotte hat England seit dem Waffenstillstand 4 300 000 Pfund ausgegeben. Frankreich vergeudet Unsummen von Geld und Menschenkraft für sein riesiges Heer.

Alle diese Staaten, alle Staaten des „Friedensbundes", verschleudern bedenkenlos das Einkommen des Volkes für die Werkzeuge der Vernichtung, für die wirksame Vorbereitung des nächsten Krieges.

Die russische Regierung hatte den Kommissar des Roten Kreuzes, Nansen, gebeten, in ihrem Namen von den Regierungen Europas 10 Millionen Pfund Kredit zur Linderung der dringendsten Not zu erbitten. Der Völkerbund hat geantwortet. Sein Beutel ist leer für das russische Volk, aber seine Mitglieder sind bereit, das Vielfache dieses Betrages für die Wiederkehr eines neuen Weltkrieges auszugeben.

Es wäre dem Völkerbund ein leichtes, dem russischen Volk die erbetene Anleihe zur Verfügung zu stellen. Er könnte noch bei weitem mehr geben, wenn es seinen Mitgliedern wirklich Ernst wäre, die Rüstungen einzuschränken. Aber es ist ihnen nicht Ernst. Sie schwatzen vom Frieden und rüsten zum Krieg.

Nationalistische und kapitalistische Rivalität wuchert fort unter dem schönen Schein internationaler Gemeinschaft. Diesem unredlichen Geist müssen die Arbeiter in allen Ländern entgegentreten. Wenn jemals aus den Abrüstungsträumen Wahrheit werden soll, müssen die Regierungen die Macht der Arbeiter respektieren lernen.

Kameraden, die Arbeiter müssen beweisen, daß in ihren Reihen der wahre Geist der Gemeinschaft der Völker lebendig ist.

Zweierlei tut not.

Die Regierungen dürfen sich nicht im Namen des Völkerbundes ihrer Pflicht entziehen, dem russischen Volke zu helfen. Da die internationale Vertretung der kapitalistischen Staaten kläglich versagt, müssen die Gewerkschaften den Regierungen ihre Pflicht mit verdoppelter Kraft zum Bewußtsein bringen. Der Beschluß des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf seiner Berliner Konferenz, daß die Landeszentralen „auf ihre Regierungen den stärksten Druck ausüben" sollten, „um diese zur unverzüglichen Hilfeleistung für das russische Volk zu veranlassen", muß von den Gewerkschaften überall durchgeführt werden.

Aber das allein ist nicht genug. Das russische Volk vertraut auf die Hilfsbereitschaft der Arbeiter in allen Ländern. Gebt den letzten Pfennig, den ihr entbehren könnt, an die Sammelstellen der Gewerkschaften.

Kameraden, kämpft für die wahre Gemeinschaft der Völker! Nieder mit Reaktion und Militarismus! Helft dem russischen Volk!

Internationales.

Das Sekretariat der Bauarbeiter-Internationale kommt in Nr. 41 des „Grundstein" noch einmal auf die Innsbrucker Tagungen der Bau- und Steinarbeiter zurück. Veranlassung hierzu gab die nicht zustandegekommene Verschmelzung der beiden Internationalen Sekretariate, die angeblich von der Mehrzahl der den Sekretariaten angeschlossenen Organisationen erwartet wurde. Die Tendenz dieses Artikels zwingt uns ebenfalls nochmals auf die Angelegenheit einzugehen, obgleich wir die Aufrollung der Frage in dieser Form nicht für glücklich halten. Das Sekretariat der Bauarbeiter-Internationale schreibt:

„Es war kein Zufall, daß die beiden Konferenzen zur gleichen Zeit und am gleichen Orte tagten. Der Internationale Steinarbeiterkongreß hatte neben andern Fragen auch den Anschluß an die Bauarbeiter-Internationale zu beraten. An der Verschmelzungsfrage haben beide Organisationen großes Interesse, und deshalb hatten sich die beiden Sekretariate über Tagungsort und Zeit verständigt."

Hierzu haben wir folgendes zu bemerken. Daß die beiden Kongresse gleichzeitig und am selben Orte tagten ist nicht auf das beiderseitige Interesse an der Verschmelzung zurückzuführen, sondern auf den ganz natürlichen Umstand, daß der Internationale Sekretär der Steinarbeiter durch die eingetretene Verschmelzung des Schweizer Steinarbeiterverbandes mit dem Schweizer Bauarbeiterverband Mitglied und Angestellter des letzteren wurde. Als festgestellt kann also zunächst (d. h. vor den stattgefundenen Konferenzen) nur das Interesse der beiden Sekretariate an der Verschmelzung gelten. Daß die in ihren Ländern mit den Bauarbeitern verschmolzenen Steinarbeiter das gleiche Interesse hatten, ist selbstverständlich. Das gleiche läßt sich jedoch nicht ohne weiteres von den Berufskollegen behaupten, die ihre selbständigen Landesorganisationen haben. Irrtümlicherweise wird in dem Artikel behauptet:

„Die Steinarbeiter-Internationale hat z. B. nur noch drei Länder, in denen selbständige Berufsverbände existieren, und ähnlich so liegt es bei den übrigen Bauberufen, wie Zimmerer und Maler."

Wie liegt es bei den Steinarbeitern in Wirklichkeit?

Mit dem Bauarbeiterverbande ihres Landes verschmolzen sind die Steinarbeiter in der Schweiz mit 2000 Mitgliedern, in Frankreich mit 6000 Mitgliedern, in der Tschechoslowakei (Reichenberg) mit 2000 Mitgliedern, in Holland mit 850 Mitgliedern, in Italien mit 4200 Mitgliedern, in Oesterreich mit 7000 Mitgliedern, in Ungarn mit 2000 Mitgliedern und in Serbien mit 500 Mitgliedern. Insgesamt verfügen diese Berufsgruppen also über eine Mitgliederzahl von rund 25 000.

Ihnen stehen folgende Länder mit selbständigen Berufsorganisationen gegenüber: Amerika (Graniter) mit 45 000 Mitgliedern, Belgien mit 30 000 Mitgliedern, Dänemark mit 1500 Mitgliedern, Deutschland mit 47 000 Mitgliedern, Finnland mit 3500 Mitgliedern, Norwegen mit 3500 Mitgliedern, Schweden mit 5500 Mitgliedern und die Tschechoslowakei (Prag) mit 3500 Mitgliedern. Das sind 8 Länder mit rund 140 000 selbständig organisierten Steinarbeitern. Von diesen waren leider nur 3 Länder mit rund 80 000 Mitgliedern auf der internationalen Konferez vertreten, nämlich Belgien, Deutschland und Tschechoslowakei (Prag), während von den mit den Bauarbeiterverbänden ihrer Länder verschmolzenen Berufsgruppen sechs mit 18 500 Mitgliedern zum Teil durch Bauarbeiter (nicht durch Steinarbeiter) vertreten waren. Daß diese für die Verschmelzung der beiden Internationalen Sekretariate eintraten, ist ganz natürlich. Es wäre gradezu sinnlos, wenn sie, nachdem sich ihre Landesverbände (Bauarbeiter und Steinarbeiter) vereinigt haben, nicht auch für eine Verschmelzung der Internationalen Sekretariate eintreten würden. Hieraus nun aber den Schluß zu ziehen, daß wegen der bereits erfolgten Verschmelzungen nunmehr alle andern Berufsverbände und ihre internationale Vertretung ihre Selbständigkeit aufzugeben haben, ist völlig verfehlt. Geradezu herausfordernd ist es aber, von Zwangsmaßnahmen zu reden und zu schreiben, um so den Willen der unter dem Schutze der Bauarbeiterinternationale stehenden Minorität der Steinarbeiter gegenüber ihrer Mehrheit durchzusetzen. Das Sekretariat der Bauarbeiterinternationale schreibt:

„Die Erregung über die Ablehnung der Verschmelzung auf internationalem Gebiete zeitigte an beiden Tagungen Vorschläge zu Zwangsmaßnahmen. Klipp und klar wurde von den Ver-

Was bedeutet eine Valuta-Katastrophe?

Der neuerliche Kurssturz der Mark schafft für die deutsche Volkswirtschaft wieder eine Lage, die wir seit den trüben Spätwinterwochen des Jahres 1920 schon endgültig überwunden glaubten: damals sank der Kurs der Mark unaufhaltsam. Von Woche zu Woche glitt der Preis für deutsche Devisen herab, ohne daß man bestimmte Gründe dafür hätte angeben können. Waren es Baissespekulationen, um sich billig in den Besitz großer Markbeträge zu setzen, war es umgekehrt das Erlahmen einer Haussespekulation; waren es große Defizite der Handelsbilanz oder wurden gerade umfangreiche Auslandskredite fällig? Die Frage ließ sich weder damals exakt beantworten, noch ist das heute möglich. Denn die Schwankungen einer zerrütteten Valuta hängen nicht nur von der Bedeutung der unmittelbar auf sie wirkenden Faktoren ab, sondern auch von der Standfestigkeit des Marktes. Eine Währung mit starken Schwankungen wird immer ein beliebtes Spekulationsobjekt bilden, und es wird die Spekulation, je nachdem welche Richtung sie nimmt, die Wirkung der übrigen Machtfaktoren bald verstärken, bald abschwächen. Wenn z. B. die Spekulation auf eine Besserung des Markkurses rechnet, große Markvermögen im Besitze spekulativer Kräfte sind, welche sie späterhin vorteilhaft realisieren möchten, so wird die Spekulation einem Sinken des Markkurses durch Aufkauf billiger auf den Markt kommender Devisenbeträge Widerstand leisten. Umgekehrt, wenn die Spekulation ein Sinken des Markkurses für wahrscheinlich hält, und also in dieser Richtung spekuliert, so wird sie einem Sinken des Kurses durch Abgabe von Markbeträgen Vorschub leisten. Dieses unsichere Element müssen wir bei allen Erwägungen über die Bewegung des Wechselkurses jedenfalls mit berücksichtigen. Zeitweise haben sicherlich die Einflüsse dieser Spekulationen den Markt bestimmt. Es ist möglich, daß sie auch jetzt nicht ohne Bedeutung sind. Auf welche Ursachen der letzte Kurssturz der Mark zurückzuführen ist, kann man freilich exakt nicht bestimmen, aber es hat viel Wahrscheinlichkeit für sich, daß die Beschaffung der am 31. August fällig gewordenen Goldmilliarde, verstärkt durch spekulative Zurückhaltung fremder Devisen, wesentlich dazu beitrug. Vielleicht sind auch inzwischen erhebliche Kredite fällig geworden, für die Deckung beschafft werden mußte.

Wir wollen uns aber heute nicht mit den mutmaßlichen Gründen für die momentane plötzliche Verschlechterung der Valuta aufhalten, zumal die Gründe für das Senken des Kurses nur zu deutlich auf der Hand liegen. Solange nämlich der Staatshaushalt mit einem so riesigen Defizit abschließt, wie es in Deutschland der Fall ist, wird die Volkswirtschaft im ganzen mehr verbrauchen, als sie erzeugt, was nur durch Mehreinfuhr aus dem Ausland bewirkt werden kann. Diese drückt aber auf den Wechselkurs. Heute wollen wir nun einmal die Frage aufwerfen, welche Folge für die Volkswirtschaft und den einzelnen ein immer weiteres Sinken der Valuta haben mag? Diese Frage kann vielleicht schon heute beantwortet werden, da ja die österreichische Volkswirtschaft gleichsam in Reinkultur die Wirkungen eines immer weiteren Valutasturzes zeigt.

Die österreichische Volkswirtschaft zeigt heute das paradoxe Bild, welches das Jahr 1919 für Oesterreich und das Wirtschaftsjahr 1919/20 für Deutschland brachte, vermehrt um einen bemerkenswerten Zug. Damals hatte nämlich das Sinken der Valuta in einer Zeit höchster Weltkonjunktur zur Folge, daß Fertigprodukte und Kapitalgüter im Ausland verschleudert wurden, ohne daß entsprechende Gegenwerte an Rohstoffen und Konsumgütern importiert werden konnten. Soweit Importe erfolgten, waren es Ladenhüter und Waren schlechter Qualität, die den „armen Mitteleuropäern" hingeworfen wurden. Daher blieben die Preise im Inland hoch, ja sie zeigten eine steigende Tendenz; die Löhne konnten nicht folgen, die Versorgung war mangelhaft, die staatliche Zwangswirtschaft wirkte hemmend auf die inländische Güterproduktion. Kurzum, die Volkswirtschaften Mitteleuropas zeigten noch deutlich die Züge einer Kriegswirtschaft. Heute ist das anders geworden. Zwar ist das Mißverhältnis zwischen den Valuten — die mitteleuropäischen sind unterwertet, die der neutralen und siegreichen Staaten überwertet — wie ehedem vorhanden. Aber in einem Punkt ist die Lage geändert: die Produktion Mitteleuropas hat sich seit Beginn des Jahres 1919 sehr wesentlich gesteigert. Daher ist die Möglichkeit eines höheren Konsums gegeben. Die Bezieher hoher Einkommen und die Besitzer großer Vermögen können nicht mehr, wie noch vor zwei Jahren, den größten Teil der Erzeugung konsumieren. Ueberdies waren die Arbeiter imstande, ihre Kaufkraft relativ, im Vergleich zu einigen Schichten der Bevölkerung, zu heben, während die Einkommen, die aus Kronen- und Markvermögen stammen, in ihrer Kaufkraft sehr wesentlich weiter zurückgingen. Infolgedessen konnte die Lebenshaltung der breiten Massen sich verbessern. Dazu kommt die Krise auf dem Weltmarkt, die zur Folge hat, daß die Versorgung auch der mitteleuropäischen Länder aus dem Weltmarkt sich rasch bessern konnte. So entsteht das Bild einer fortschreitenden Besserung der Lebenshaltung bei gleichzeitiger Senkung der Valuten. Weil nun die Lebenshaltung stieg, mehren sich auch schon die optimistischen Stimmen: Man brauche sich um den Valutastand nicht zu kümmern. Denn wenn die breiten Massen besser leben, und zwar besser leben als zur Zeit eines besseren Valutastandes im Jahre 1919, wenn die Produktion sich gut entwickelt, was liegt an dem Stand der Valuta, d. h. ob man für 100 Mark 120, 100 oder 60 Franken kaufen kann? Das Wesentliche sei die Entfaltung der Produktionskräfte, und solange diese durch die Valuta nicht gestört werde, sei eine unmittelbare Gefahr für die Volkswirtschaft nicht vorhanden.

An dieser Argumentation ist nur soviel wahr, daß jeder beliebige Stand der Valuta, wenn er dauernd ist, durch eine entsprechende Veränderung der Preise bei guter Entwicklung der Produktionskräfte schließlich volkswirtschaftlich ausgeglichen werden kann. Dasselbe gilt aber nicht von einer fortgesetzten Verschlechterung der Valuta, die stets in Richtung eines sehr nachteiligen „Ausverkaufs" der Volkswirtschaft wirkt, und gilt natürlich insbesondere nicht von der Valutakatastrophe, die dann in ihrer vollen Schärfe auftritt, sobald die Zahlungsmittel des Landes jeden Preis verlieren, d. h. auf dem Markte für Zahlungsmittel unverkäuflich sind. Das ist bisher noch nirgends der Fall. Selbst die polnische Mark, deren Wert auf Bruchteile eines Schweizer Centime gesunken ist, hat immerhin noch einen Preis, wenngleich für die polnische Mark und die österreichische Krone die Situation eintreten kann, daß der Markt die Aufnahme dieser Zahlungsmittel verweigert.

Wenn nun Zahlungsmittel eines Landes, selbst zu niedrigen Preisen, keinen Käufer mehr finden, so heißt das, daß die Ausgleichung der Handels- und Zahlungsbilanz auf dem Weltmarkt überhaupt nicht mehr erfolgen kann, und daß das Land nur mehr auf den schwerfälligen Kompensations-(Austausch-)Verkehr angewiesen ist. Dies aber in einem Zeitpunkte, in welchem der Staat keineswegs mehr, wie es noch im Kriege der Fall war, über die Wirtschaft verfügt, und daher auch keine Kompensationsmittel mehr in der Hand hat. Ein solcher Zustand würde eine Lage schaffen, in der auch im Inland jeder nur gegen fremde Valuten zu verkaufen trachten würde, ohne daß solche fremde Valuten allgemeines Zahlungsmittel werden könnten, denn nur wenige Bevorzugte verfügen ja über solche. Es würde also die Volkswirtschaft in einen Zustand des Tauschhandels zurückgeschleudert werden, und dem Staat die Aufgabe erwachsen, von heute auf morgen einen Zahlungsmittelmechanismus zu schaffen, nachdem der alte versagte. Das ist aber unmöglich, und die Valutakatastrophe würde einen ganz ungeregelten, ökonomischen und sozialen Zusammenbruch herbeiführen. Da wir von dieser Lage leider nicht mehr weit entfernt sind, wird die Verpflichtung des Staates, für die Deckung des Defizits Sorge zu tragen, immer dringender, und die Last der Verantwortung für jene Schichten immer größer, die noch heute glauben, gegen große, rasch wirkende Steuern ankämpfen zu sollen. Besonders die Landwirtschaft ist eine der Reserven, auf die heute die Steuergesetzgebung unbedingt greifen muß, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, die Verschlechterung der Lage, ja sogar die Katastrophe herbeizuführen.

Alt und jung.

An und für sich, rein äußerlich betrachtet, sind alt und jung natürlich Gegensätze, und darum ist es wohl begreiflich, wenn diese Gegensätze auch im proletarischen Ringen hin und wieder zum Ausdruck kommen. Sie nehmen aber leider oft Formen an, die nicht sein dürfen und nicht zu sein brauchen und die unserer Bewegung nur schädlich sind. Wie oft kommt es nicht vor, daß einer von den Aelteren zu den Jüngeren sagt: Ach, ihr Jungen, ihr müßt erst mal etwas lernen. Wir, die wir schon so manche Jahre in der Bewegung hinter uns haben.... Und die Jungen werden damit so oft vor den Kopf gestoßen; werden so oft mißmutig und ein Stück Leben wird unserem Kampfe fern gehalten, und um ein Stück frohen, treibenden, stürmenden Lebens ist unser Kampf ärmer.

Alle Achtung vor den alten Streitern des Proletariats, aber nur dann wächst der Frühling, wenn der alte Stamm immer wieder neue Knospen treibt. Und die schönsten, die allerwertvollsten Knospen sind in dem werdenden Menschheitsfrühling die Herzen, die lebendigen Herzen, die da voll heiligen Feuers den Sieg wollen.

Deshalb brauchen die Alten nun nicht morsche Aeste zu sein. Nicht ist die Jugend die Zukunft nur, weil sie Jugend ist. Es gibt auch so manchen Jungen, der innerlich alt ist. Die Jugend, die die Zukunft bedeutet, sie wohnt im Herzen. Begeisterung, das ist Jugend. Glauben an das Ideal, erlebtes Wissen dessen, daß das Ideal einmal Wirklichkeit werden wird.

Und darum müssen wir uns, ob wir alt oder jung sind, zur Jugend erziehen. Wir müssen hineinreifen in die sittliche Idee unseres Kampfes; unser Kampf muß hineinwachsen in unser Herz. Und dann, wenn uns unser Ringen zu einem heiligen Erlebnis geworden, dann wird es nicht alt geben oder jung, dann ist alles ein Eines. Dann ist es eine große proletarische Seele, die da zum höchsten Ideale ringt, und die in diesem Ringen in sich den Sieg trägt.

tretern mehrerer Industrieverbände erklärt, daß dieser Springprozession dadurch ein Ende bereitet werden müßte, indem die heute bestehenden Industrieverbände den Verkehr mit den separaten Berufsinternationalen abbrechen. Diese Maßnahme würde zweifellos den Erfolg haben, daß die Verschmelzung sofort vor sich ginge, könnte aber auch den Nachteil haben, daß die zur Verschmelzung gezwungenen Organisationen lange Zeit nur widerwillig oder gar nicht an den Arbeiten der Bauarbeiterinternationale teilnehmen würden."

Welche Anmaßung und Ueberschätzung liegt in diesen Ausführungen, soweit ihre Urheber und selbstgefälligen Verbreiter in Frage kommen, und wie niedrig werden die Organisationen eingeschätzt, die schließlich gegen ihren Willen der Bauarbeiterinternationale angeschlossen würden. Für den Deutschen Steinarbeiterverband lehnen wir eine solche Zwangsjacke entschieden ab! Unser internationales Interesse hängt nicht von der Form der Organisation ab, wie sie von anderer Seite immer aufdringlicher in den Vordergrund gestellt wird! Für uns kann aber die Frage der internationalen Verschmelzung nur in Verbindung mit der Frage der nationalen Verschmelzung der in Betracht kommenden Verbände gelöst werden, wie auch das Bestreben der Verschmelzungsanhänger auf internationalem Gebiete nur eine Folge der vollzogenen nationalen Verschmelzung ist. Nicht ideelle oder prinzipielle Gründe führten sie in erster Linie den Bauarbeiterverbänden zu, sondern die wirtschaftliche Not, die finanzielle Unmöglichkeit, sich selbständig zu erhalten! In gleicher Lage hätten auch wir längst den Anschluß an den nächststehenden Verband gesucht und sicher auch gefunden. Daß dieses der Bauarbeiterverband ist, steht auch für uns außer Frage, obgleich als direkte Bauarbeiter nur ein verschwindend kleiner Teil unserer Gesamtmitgliedschaft in Betracht kommt, seitdem wir den ehemaligen Steinmetzverband zu einem, die ganze weitverzweigte Steinindustrie umfassenden Industrieverband ausgebaut haben.

Es würde zu weit führen, die „Existenzberechtigung" unseres Verbandes hier nachzuweisen. Der nächste Verbandstag wird sich gewiß eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen haben, was auch ohne die nachstehende, auf dem Internationalen Kongreß der Bauarbeiter beschlossene Resolution der Fall gewesen wäre:

„Das Interesse der Bauarbeiterschaft aller Länder erfordert, daß sämtliche Hand- und Kopfarbeiter des Baugewerbes in einer gemeinsamen Organisation zusammengefaßt werden. Aus dieser Erkenntnis zieht die am 22. und 23. August 1921 in Innsbruck tagende außerordentliche Konferenz der Bauarbeiterinternationale die Folgerung, daß auch auf internationalem Gebiete die Zusammenlegung der Organisationen erfolgen muß. Durch den Beschluß des Gesamtvorstandes vom 2. Dezember 1920 ist eine Grundlage geschaffen, auf der eine Vereinigung der heute bestehenden internationalen Berufssekretariate möglich ist.

Die Konferenz erachtet es als unbedingt notwendig, die Mehrspurigkeit auf internationalem Gebiete zu verlassen, auch deshalb, weil es für allgemeine Bauarbeiterverbände, die sich aus vier, fünf und mehr Berufsgruppen zusammensetzen, eine unnötige Arbeitslast bedeutet, wenn sie mit ebensovielen internationalen Berufssekretariaten verkehren müssen.

Durch die Zusammenlegung soll durchaus nicht eine Einschränkung des Aufgabenkreises der jetzigen Berufssekretariate eintreten. Die besonderen Berufs- und Arbeiterfragen der einzelnen Berufsgruppen sollen auch im Rahmen der Bauarbeiterinternationale die ihnen zukommende Beachtung und Förderung finden. Das soll erreicht werden, indem die wichtigsten Berufsgruppen im Vorstand der Bauarbeiterinternationale eine Vertretung erhalten und in besonderen Berufskonferenzen die ihren Beruf betreffenden Fragen behandeln können.

Die außerordentliche Konferenz der Bauarbeiterinternationale stellt sich darum erneut auf den Standpunkt der Amsterdamer Konferenz und empfiehlt den der Bauarbeiterinternationale angeschlossenen allgemeinen Bauarbeiterverbänden, dahin zu wirken, daß die Zusammenlegung bald erfolgen kann."

Der im „Grundstein" veröffentlichte und im vorstehenden angezogene Artikel des Internationalen Bauarbeitersekretariats war auch uns zur Veröffentlichung übermittelt worden, doch wegen der darin enthaltenen und bereits kritisierten Ueberhebung hatten wir ihn zu den Akten gelegt, weil eine Polemik dagegen augenblicklich nicht nötig und unfruchtbar erschien. Auch vertreten wir im allgemeinen den Standpunkt, daß man nicht auf alles eingehen soll, was uns zugerufen wird, sonst wäre in der Arbeiterbewegung noch mehr häuslicher Streit über — ungelegte Eier! Durch den Abdruck im „Grundstein" haben wir jedoch von dieser Gepflogenheit absehen und den Artikelinhalt zurückweisen müssen.

Ueber die Stellungnahme der Verbände der Maler und Zimmerer zu den Ausführungen des Sekretariats der Bauarbeiterinternationale werden wir an dieser Stelle eventuell berichten.

Aus den Zahlstellen.

Steinach. Festlich begangen wurde am Sonntag, 25. September, der Tag, an dem vor 10 Jahren hier eine Zahlstelle des Steinarbeiter-Verbandes ins Leben gerufen werden konnte. Die Kollegen und deren Angehörige fanden sich zu gemütlichem Beisammensein im Wohllebenschen Saale ein, der durch duftiges Grün schön ausgeschmückt einen angenehmen Aufenthalt bot, wozu dann noch das sich glatt abwickelnde Festprogramm in reichstem Maße beitrug. Nach einleitenden Worten des Zahlstellen-Vorsitzenden Linß entbot Kollege Winckler vom Zentralvorstand des Steinarbeiter-Verbandes den Steinacher Kollegen herzliche Glückwünsche und fand warme, zu beherzigende Worte über Aufgabe, Kampf und Ziel in der modernen Arbeiterbewegung. Die Entwicklungsgeschichte der Zahlstelle wies Namen tapferer Kämpfer auf, denen besonders und mit Stolz gedacht wurde, wie allen denen der Dank der Versammelten galt, die dazu beitrugen, die Organisation zu fördern. Im Rahmen der übrigen Veranstaltungen wies Herr Viktor Weigelt unter markigen Worten dann darauf hin, daß wir heute bereits auf 25 Jahre gewerkschaftliche Tätigkeit im Steinarbeiterberufe blicken könnten, wenn damals alle Bemühungen zur Gründung einer Zahlstelle nicht an dem Indifferentismus der Arbeiter gescheitert wären. Er gedachte hierbei der alten Pioniere vom Bergarbeiterverband, die hier die unter den schlechtesten und ungesundesten Verhältnissen schuftenden Griffelarbeiter vergebens aufrüttelten. Seine Worte waren eine strenge Mahnung an alle, daß es doch unbedingt notwendig ist, da zu stehen, wo es gilt, für die Menschheit zu kämpfen: in den Gewerkschaften, in der Sozialdemokratischen Partei, in den von der Arbeiterklasse geschaffenen Vereinigungen und Instituten. — Den unterhaltenden Teil des Abends hatte der Musikverein e. V. Steinach, die Arbeiter-Jugend und der Arbeiter-Gesang-Verein übernommen. Stets stürmischen Beifall fanden die Weisen, die in ernster und heiterer Reihenfolge den lauschenden Besuchern durch unseren kunstverständigen Musikverein zu Gemüte geführt wurden. Es war ein erhebend-wohltuender Genuß. Die Arbeiter-Jugend trat frisch und munter zum Spiele an mit dem Zweiakter „Zum Licht empor", dessen Aufführung sehr gut gefiel und jugendliches Feuer hineintrug in ältere und junge Herzen, zumal es gilt, wie durch den Führer der Jugendbewegung R. Eichhorn vor dem Spiel betont wurde, zu werben und zu arbeiten, jeden erwerbstätigen Jugendlichen aufzurütteln, zu begeistern für ideale Taten, so zu wirken, daß erreicht werden kann, an Stelle eines abgekämpften Arbeiters 10 neue junge Kämpfer zu setzen. — Der Abend hat dazu beigetragen, die Kollegen fester aneinander zu knüpfen, er wird als angenehme Erinnerung aufgezeichnet werden in der **Geschichte der Steinarbeiterorganisation von Steinach.**

Striegau. In vier Versammlungen beschäftigten sich die Kollegen mit der Regelung des örtlichen Beitrags- und Unterstützungswesens. Die Ortsverwaltung Striegau hatte eine Vorlage ausgearbeitet und sie bereits vor den Versammlungen in den „Buden"versammlungen zur Diskussion gestellt. Dadurch wurde jeder einzelne Kollege unterrichtet, so daß nach kurzen Debatten in den Versammlungen die Abstimmung vorgenommen werden konnte, sie ergab die Annahme der Vorlage gegen eine ganz geringe Minorität. Kaum 30 Kollegen stimmten dagegen, weil ihnen die Unterstützungssätze nicht hoch genug waren. Demnach sind die Beiträge und Unterstützungssätze für die Zahlstellen Striegau und Häslicht ab 40. Beitragswoche folgende:

Klasse	Beruf	Beitrag
1.	Steinmetzen, Brecher, Pflasterer und sonstige Akkordarbeiter	5.00 M.
2.	sämtliche Hilfsarbeiter	4.00 M.
3.	Invaliden und nicht voll Erwerbsfähige	3.00 M.
4.	Frauen und Lehrlinge	2.00 M.

Unterstützungssätze bei Erwerbslosigkeit und Krankheit:

Klasse	Bezugsdauer 12 Wochen bei 52 vollen Wochenbeitr.			Bezugsdauer 16 Wochen bei 154 vollen Wochenbeitr.		
	Tag	Woche	Höchstsatz	Tag	Woche	Höchstsatz
1.	3.70	22.20	266.40	3.90	23.90	374.40
2.	3.30	19.80	237.60	3.50	21.00	336.00
3.	3.00	18.00	216.00	3.15	18.90	302.40
4.	2.50	15.00	180.00	2.60	15.60	249.60

Klasse	Bei 260 vollen Wochenbeitr. Bezugsdauer 20 Wochen			Bei 416 vollen Wochenbeitr. Bezugsdauer 26 Wochen		
	Tag	Woche	Höchstsatz	Tag	Woche	Höchstsatz
1.	4.10	24.60	492.00	4.10	24.60	639.60
2.	3.70	22.20	444.00	3.70	22.20	577.00
3.	3.30	19.80	396.00	3.30	19.80	514.80
4.	2.80	16.80	336.00	2.80	16.80	436.80

Nach 6 Monaten (siehe § 4 Ziffer 6 des Statuts) erhöhen sich die Unterstützungssätze um den Betrag, der sich durch das Aufrücken in eine höhere Beitragsklasse ergibt.

Ausgesteuerte Mitglieder können erst nach 46wöchiger voller Beitragsleistung wieder Unterstützung beziehen.

Beim Sterbefall eines Mitgliedes können den Hinterbliebenen gezahlt werden, und zwar bei einer Mitgliedschaft von

Klasse	1—3 Jahren	3—5 Jahren	5—7 Jahren	über 7 Jahre
1.	100 M.	120 M.	140 M.	170 M.
2.	90 M.	110 M.	130 M.	160 M.
3.	80 M.	100 M.	120 M.	150 M.
4.	70 M.	90 M.	110 M.	140 M.

Die erhöhten Unterstützungssätze bei Sterbefällen treten mit der ersten Beitragswoche 1922 in Kraft.

Es ergibt sich also, daß im Falle der Erwerbslosigkeit oder Krankheit ein Zuschlag von 2 Mark täglich zu den statutarischen Sätzen gezahlt wird. Im Gegensatz zu der statutarischen Bezugsdauer zahlt die Zahlstelle den gesamten Unterstützungsbetrag doppelt so viel Wochen. Eine wesentliche Aenderung ist auch im Bezug der Sterbeunterstützung eingetreten. Während das Zentralstatut bei 1—3jähriger Mitgliedschaft gar keine Unterstützung vorsieht, zahlen die Zahlstellen schon bei einjähriger Mitgliedschaft Sterbeunterstützung. Eine Erhöhung der Streikunterstützung festzulegen, war nicht notwendig, da eintretendenfalls jede Versammlung, je nach dem örtlichen Kassenbestand einen Zuschlag beschließen kann. In den Diskussionen wurde besonders bedauert, daß man so lange mit der Beitragserhöhung gewartet habe. Es wurde gewünscht, daß die Beitragssätze halbjährlich den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt werden sollen. Grundsatz müsse sein, daß jeder Kollege einen Stundenlohn als Beitrag leisten müsse. Die Hauptkasse müsse den Zahlstellen größeren Anteil (?) an den Beiträgen lassen, damit die örtlichen Unterstützungseinrichtungen beibehalten und die notwendigen Verwaltungsausgaben bestritten werden können.

Teuerung.

Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes ist die Reichs-Indexziffer der Lebenshaltung, der die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete zugrunde liegen, im September gegenüber dem Vormonat um 17 Punkte oder 1,6 v. H. auf 1062 gestiegen. Gegenüber dem Stand vom Januar dieses Jahres (944) beträgt die Steigerung 12,5 Prozent, gegenüber September 1920 36,3 Punkte. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten ist in der Hauptsache auf Preissteigerungen für Lebensmittel zurückzuführen. Die Indexziffer für die Ernährungskosten allein ist von 1399 im August um 1,4 v. H. auf 1418 gestiegen. Gegenüber Januar beträgt die Steigerung der Ernährungsausgaben 12,1 v. H. Auch die Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung sind im Durchschnitt des Reiches erneut gestiegen.

Würzburg. Am 2. Oktober tagte eine leider nur mäßig besuchte Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Versammlung wollte sich der ehemalige Kollege Valtin Reiter wieder im Verband aufnehmen lassen, weigerte sich aber, die Statut gemäß 8 Wochen nachzuzahlen, da er wegen restierender Beiträge gestrichen wurde, worüber es zu heftigen Auseinandersetzungen kam, und Reiter aus dem Versammlungslokal verwiesen werden mußte. Es wurde ihm nahegelegt, beschwerdeführend sich an die Zentrale zu wenden. Bemängelt wurde, daß im letzten Versammlungsbericht vom Berichterstatter versäumt wurde, hervorzuheben, daß Ant. De Mattia und Valt. Reiter als Nichtmitglieder so lange zu betrachten sind, bis sie sich wieder im Verband aufnehmen lassen und die 8 Wochen nachzahlen. (Diese ganz selbstverständliche Auffassung haben wir im vorigen Bericht fortgelassen, denn ehe sich ein Steinarbeiter nicht im Verband aufnehmen läßt, ist er sicherlich „Nichtmitglied", dazu bedarf es aber keines Beschlusses und keiner besonderen Betonung. Auch die Nachzahlung ist festgelegt und zwar im Statut. Weil die Kollegen aber so großen Wert auf Selbstverständlichkeiten zu legen scheinen, bringen wir es ausnahmsweise. Redaktion.)

Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, zur Ortskrankenkassenwahl zu erscheinen, die am 9. Oktober von 10 bis 5 Uhr stattfindet, und bei der Wahlarbeit tätig zu sein.

Dann gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf die abgeschlossene Lohnbewegung und bemängelte, daß trotz der 1.40 M. Zulage pro Stunde durch Schlichtungsausschußentscheid die Steinarbeiter mit ihren Familien auch weiterhin mit Schmalhans hausen müssen und heruntergebrachte Kleidungs- und Haushaltungsartikel nicht ergänzen können. Besonders bemängelte er, daß keine weitere Lohnsteigerung bis 1. Januar 1922 eintritt, trotzdem man jetzt schon voraussehen kann, daß alle Lebensmittel weiter steigen. Durch gewerkschaftliche Tätigkeit und Kämpfe sei der Aufstieg der Arbeiter allein nicht zu erreichen, sondern die Kollegen müssen sich jetzt mehr denn je auch um die Politik kümmern, denn diese sei es, die unsere Volks- und Weltwirtschaft leite. Nur im revolutionären Klassenkampf seien wir unbesiegbar nach Bebels Worten, würden wir ihn verlassen, dann sind wir verloren. Nur der Sozialismus sei imstande, die Arbeiterschaft aus den Fesseln des Kapitals zu befreien, und den Aufstieg der Hand- und Kopfarbeiter zu sichern. Jeder einzelne solle entscheiden, welcher von den sozialistischen Parteien er sich anschließen will, SPD., USP. oder KPD., aber niemals sollen und dürfen die Kollegen politisch indifferent bleiben. Die bürgerlichen Zeitungen müssen aus den Wohnungen der Arbeiter hinaus, und an deren Stelle eine sozialdemokratische Arbeiterzeitung.

In der anschließenden Diskussion, an der sich auch Gauleiter Kollege Lohse beteiligte, wurde die **Vorlage der Zentrale über Beitrags- und Unterstützungserhöhung begrüßt.** Gleitende Erhöhungen hätten schon eher einsetzen müssen, um den Kampfesmut der Kollegen zu stärken.

Die einheitliche Beitragsleistung in den einzelnen Orten und Bezirken müsse durchgeführt werden. Kollege Lohse hob besonders die Schwierigkeiten bei den Lohnbewegungen hervor. Für die nächste Versammlung einen besseren Besuch wünschend, schloß der Vorsitzende die heutige Versammlung.

Raumünzach. Am 30. September fand unsere Quartalsversammlung statt, die vollzählig besucht war. Zum 1. Punkt gab Kollege Krug den Kassenbericht bekannt. Der Bericht wurde für gut befunden, daraufhin wurde ihm Entlastung erteilt. Im zweiten Punkt wurde Kollege Krug, der bisher vertretungsweise die Kasse geführt hatte, als Kassierer und Fritz Lerchl als Revisor zugewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde die geforderte Teuerungszulage lebhaft besprochen, sie ist von den Unternehmern abgewiesen worden. Die Angelegenheit wurde dem Schiedsgericht übertragen. Zum Schluß wurden die Kollegen zu pünktlicher Beitragszahlung ermahnt, einige sind immer im Rückstand.

Kamenz. Sonnabend, 8. Oktober, fand im Gasthaus zum Kronprinz eine mäßig besuchte Versammlung statt. Zuerst wurde der letzte Versammlungsbeschluß, der besagte, **Sperrung der Beiträge,** bis die Zentrale die ersten drei Tage Unterstützung für die Aussperrung, die hier im Bezirke vom 3. bis 8. September dauerte, auszuzahlen, behandelt. **Dieser Beschluß war aber direkt statutenwidrig,** und zwar aus dem Grunde, weil die fünf Tage Aussperrung bis zur Hälfte von dem Unternehmer entschädigt wurde und die übrigen 2½ Tage demnach in die drei Tage Karenzzeit, was das Statut besagt, aufgehen. Es wurde dies den Kollegen nochmals klargelegt, und aus der Mitte der Versammlung wurde daraufhin der Antrag gestellt, über den Beschluß abstimmen zu lassen, ob er bestehen solle oder nicht. Die Abstimmung ergab 32 Stimmen für und 14 gegen Zurücknahme des Beschlusses. Demnach waren wieder geregelte Verhältnisse geschaffen und die Vorstandsmitglieder konnten auf Anregung nunmehr ihre Aemter weiter verwalten. Scharf gerügt wurde das eVrhalten der Zentralleitung, weil von der Zentrale niemand kam. Hierauf wurden die Resultate von den letzten Tarifverhandlungen bekanntgegeben. Außerdem wurde die Beitragserhöhung sowohl wie die weiteren 20 Pf. Lokalzuschlagserhöhung besprochen und voll anerkannt. Vom Kartell wurde ein ausführlicher Bericht abgestattet, hauptsächlich hat das Kartell sich damit befaßt, verbilligte Preise für Kartoffeln und Fleisch herbeizuführen. Die Kolleoen werden auch ersucht, den 9. November als Nationalfeiertag zu feiern. Einige Unklarheiten über den Gang der Tarifverhandlungen wurden sodann erläutert. Ebenfalls wurde der letzte Versammlungsbericht für nicht ganz zutreffend erklärt. Kollege Mente ist gegen eine Beitragserhöhung nicht gewesen.

Rundschau.

Aus unserem Beruf und Industrie. Durch Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 28. September wurde der Reichsarbeitsvertrag für die Pflaster- und Schotterindustrie mit folgendem Wortlaut für verbindlich erklärt:

Der Reichsarbeitsminister. Berlin, 28. September 1921.
IV D 850/52 Scharnhorststraße 35.

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzbl. 1 S. 1456) für allgemein verbindlich erklärt und ist in das Tarifregister einzutragen:

1. Vertragsparteien:
   a) auf Arbeitgeberseite: Reichsverband der Deutschen Pflaster- stein- und Schotterindustrie E. V.;
   b) auf Arbeitnehmerseite: Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, Sitz Leipzig; Berufsverband Deutscher Steinarbeiter, Sitz Berlin; Gewerkverein Deutscher Fabrik- und Handarbeiter (H. D.) Berlin.
2. Abgeschlossen am 9. Juli 1921.
3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in den Schotter- und Pflastersteinwerken, soweit sie nicht Nebenbetriebe der Zementwaren- und Kunststeinindustrie sind, die sich mit der Herstellung von Steinschlag und Schotter beschäftigen.
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Deutsches Reich ausschließlich des Freistaates Württemberg.
5. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. Juli 1921.

Mit dem angegebenen Zeitpunkt tritt die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrages vom 12. September 1919 außer Kraft.

J. A.: gez.: Meyer.

Zur dringlichen Beachtung — Betriebsräte! Der Vorstand der Sektion IV der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft läßt an die Betriebsratsvorsitzenden der größeren Betriebe das folgende Mahnschreiben ergehen:

„Wenn der Betriebsrat, dessen Vorsitzender Sie sind, sich auf dem Gebiete der Unfallverhütung seiner Aufgabe gemäß betätigen will, so würde er namentlich dann Gutes wirken können, wenn er sich durch geeignete Einwirkung auf die Arbeiterschaft dafür einsetzt,

1. daß Personen, die auf erhöhten Standflächen arbeiten, stets angeseilt sind,
2. daß die Wände immer sauber beräumt werden,
3. daß beim Ertönen der Warnungszeichen zum Schießen jeder sich in Deckung begibt; als sichere Deckung kann angesehen werden, eine Entfernung von 250 Metern in direkter Schußrichtung, von 200 Metern seitlich vom Schuß; Deckung muß auch beim Vorschnüren aufgesucht werden,
4. daß bei Versagern sich niemand vor dem Schießmeister an die Schußstelle begibt, und daß niemand den Schießmeister beim Aufsuchen des Versagers begleitet,
5. daß niemand außer den Bremsern auf den Förderwagen mitfährt,
6. daß auch die Bremser nur auf solchen Wagenplattformen mitfahren, an welchen sich Bremsspindeln befinden,
7. daß die Lokomotivführer bei jeder Bewegung des Zuges die vorgeschriebenen Signale geben,
8. daß beim Verlegen von Weichen alle Zwischenräume sorgfältig mit Steinstücken ausgeführt werden."

Auch wir empfehlen die Beachtung des Vorstehenden, aber nicht nur für die Betriebsräte allein, sondern der gesamten Kollegenschaft und nicht zuletzt den Betriebsverantwortlichen (Bruchmeister, Betriebsführer, Unternehmer).

Gewerkschaftliches Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter blickt auf sein 25jähriges Bestehen zurück; aus diesem Anlaß ist die Nr. 39 der Verbandszeitung „Die Gewerkschaft" zu einer Jubiläumsfestnummer ausgestaltet, und zwar in einer äußerlich und inhaltlich sehr gefälligen Aufmachung. Das Titelblatt zeigt einen Ofenarbeiter bis zum Gürtel entblößt, der sich auf sein Arbeitsgerät stützt und einen Augenblick ruht. Ringsherum ragen die Schlote der Gasanstalten und Elektrizitätswerke empor, in emsiger Tätigkeit schwarze Rauchwolken ausspeiend. Dieses Titelbild gibt treffend die Ursache der Festnummer wieder; 25 Jahre! Ein Ruhepunkt, von dem es sich lohnt, rückwärts zu schauen. Auf der zweiten Seite folgt ein Artikel, in dem der Verbandsvorsitzende Fr. Müntner „Die Gewerkschaftsbewegung vor 25 Jahren" behandelt. Dann folgt eine Abhandlung der Schriftleitung „Aus der Geschichte unseres Verbandes" und andere wertvolle Beiträge aus dem Werdegang des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes und seiner gewerkschaftlichen Aufgaben. Mit gutgelungenen und zu jedem Artikel recht passenden Vignetten ist die Buchdruckerkunst der Ausstattung der Festnummer zu Hilfe gekommen und bietet somit nicht nur den eigenen Verbandsmitgliedern, sondern weit darüber hinaus eine Festschrift, die man eingehend liest und sich zurücklegt, weil sie wertvoll ist. Wir wünschen dem Verband, der 1896 mit 400 Mitgliedern zu funktionieren anfing und heute 299 891 Mitglieder unter seinem Banner vereinigt, weitere Jahre der Entwicklung in der Mitgliederzahl und der Leistung zum Besten der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die rührige Verbandsleitung, insbesondere die Schriftleitung „Der Gewerkschaft" hat an dem jetzigen Stand der Organisation lebhaften und großen Anteil.

Der Verband Deutscher Buchdrucker hat nach der friedlichen zentralen Regelung seiner letzten Forderungen beschlossen, für die invaliden, kranken und sonstigen hilfsbedürftigen Verbandsmitglieder vorerst eine Million Mark aus der Verbandshauptkasse zur Verfügung zu stellen. Davon soll jeder Invalidenunterstützungsempfänger (der Verband hat seine eigene Invalidenunterstützung) extra 400 M. zur Anschaffung von Wintervorräten bekommen. Die bisher den arbeitslosen Buchdruckern gezahlte Notstandsunterstützung von 2 M. pro Tag soll auch den Krankenunterstützung beziehenden Buchdruckern gegeben werden.

Außerdem sollen sonstige hilfsbedürftige Mitglieder Extrazuwendungen erhalten. Die Not und die Geldentwertung sind Veranlassung zu dieser großzügigen Unterstützungsaktion. Der Verband der Buchdrucker hat bisher außer dem ordentlichen wöchentlichen Verbandsbeitrag von 4.50 M. 1 M. Extrabeittrag erhoben. Letzterer wird vom 1. Oktober an auf 3 M. erhöht, so daß die Verbandshauptkasse pro Mitglied und Woche 7,50 M. erhält! Zu diesen kommen noch Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge. Im Durchschnitt zahlt jedes Verbandsmitglied 9—11 M. pro Woche.

Verleumder sind die Macher vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband. Der Reichslügenverband gegen die Sozialdemokratie besteht offiziell nicht mehr, die Lügenflut aber ergießt sich weiter über die Arbeiterschaft. Mit besonderer Anteilnahme ist der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband bei der Verbreitung aller Anwürfe, die sich gegen die sozialistischen Parteien oder deren namhafte Vertreter richten. Nebenbei bemerkt, erfährt die KPD. hierbei wohlwollende Schonung. Da dieser deutschnationale Verband eine „Gewerkschaft" sein will und in weiteren Kreisen der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken sucht, er sei eine parteipolitisch völlig neutrale Berufsorganisation, ist es notwendig, seine Sozialistenhetze einmal ins rechte Licht zu rücken. Man wird bei den folgend aufgeführten Zitaten, die der deutschnationalen Verbandszeitschrift „Deutsche Handelswacht" entnommen sind, vergeblich nach Zusammenhängen mit Berufsinteressen suchen; sie sind nur als giftige Aeußerungen politischen Hasses zu verstehen. Wir finden u. a.:

Regierungsweisheit. 1921, Nr. 33. In Eckernförde bei Kiel ist der Genosse Adler Landrat. Auf einigen Landgütern seines Kreises brachen infolge kommunistischer Wühlereien wilde Streiks aus. Die Technische Nothilfe sollte eingesetzt werden, um die Ernte zu retten. Aber Herr Adler verbot das. Er meinte, das Korn könne ruhig auf den Feldern verderben; wir könnten ja vom Ausland kaufen. Und auf den Vorhalt, daß es uns doch recht sehr an Geld fehlte, erwiderte er, daß ja jeden Tag Geld neu gedruckt würde.

Anschließend an eine Meldung, daß Clynes, ein Führer der englischen Arbeiterpartei, sich für die Gewinnbeteiligung der Arbeiter im Kohlenbergbau ausgesprochen haben soll, sagt die „Handelswacht" (1921, Nr. 31):

„Gerade weil die Leistungen dadurch gesteigert würden, weil der Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern dadurch gemildert würde, sind unsere deutschen Sozialdemokraten gegen die von uns angestrebte Gewinnbeteiligung."

Dumm. 1921, Nr. 30. „Die sozialdemokratischen Zeitungen scheinen mehr und mehr dazu überzugehen, ihre Schriftleiter aus den Kreisen der Minderbegabten zu holen. Wahrscheinlich mit Rücksicht auf das Gleichheitsprinzip" usw.

Frivole Verhetzung. 1921, N. 27. „Zu meiner täglichen Nahrung gehört z. B. die Lektüre der „Freiheit", des unabhängigen Zentralorgans. Als Mann der Feder erkenne ich leicht die Kunstgriffe, mit der Mitarbeiter dieses unsauberen Organs es verstehen, den Arbeitern roten Dunst vorzumachen, um sie in einer dauernden Stimmung der maßlosen Erbitterung zu erhalten. Kein Mittel ist zu plump, kein Mittel zu gerissen, keine Lüge zu fein, keine zu grobdrähtig. Der Leser der Freiheit soll dazu erzogen werden, jeden Bürger für einen Lump zu halten, der den Tod siebenfältig verdient hat. Dann wird er, wenn der Tag gekommen ist, kaltblütig morden können und dabei glauben, eine gute Tat zu verrichten" usw.

1921, Nr. 28. „Wir bekämpfen das Kapital — mit Ausnahme des jüdischen" — sagte schon vor 25 Jahren der sozialdemokratische Führer Schumacher-Solingen.

Diese Blütenlese könnte nach Belieben erweitert werden; sie wird den Lesern zeigen, daß keine Erfindung so plump und so dumm ist, daß sie nicht mehr von dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband mit Freuden kolportiert werden kann. Die Arbeiterschaft sollte hieraus die richtigen Lehren ziehen und dieser „Gewerkschaft" überall die gebührende Beachtung schenken.

Soziales. Frauenarbeit und Säuglingssterblichkeit. Wenn man die Zahlen über die Säuglingssterblichkeit mit den Angaben der Gewerbeinspektionen über die Fabrikarbeiterinnen vergleicht, dann findet man, daß die Säuglingssterblichkeit um so größer ist, je größer die Zahl der Fabrikarbeiterinnenkinder ist, die ohne Aufsicht und Pflege sind. Diese Zahlen sind leider recht hoch. In Liegnitz waren 13, in Kassel 17, in Offenbach 13, in Magdeburg 18 und in Darmstadt gar 27 Prozent der Fabrikarbeiterinnenkinder ohne Pflege und Aufsicht. So gehen viele proletarische Säuglinge zugrunde, weil die Frau zur Erwerbsarbeit gezwungen ist, obwohl sie eigentlich nichts als Mutter sein dürfte.

Sterblichkeit und soziale Lage. Welchen Einfluß die soziale Lage auf den tödlichen Ausgang der Erkrankungen hat, beweisen Untersuchungen in Wien, über die Rosenfeld im Zentralblatt für allgemeine Gesundheitspflege berichtet. Danach betrug die Sterblichkeit an Typhus in dem reichen Bezirk I nur 16,5 Proz., dagegen in dem armen Bezirk V 24,6 Prozent. Zu dem gleichen Resultat kamen auch Untersuchungen, die in Berlin bezüglich der Lungentuberkulose angestellt wurden. Es starben dort unter den Reichen nur zwei Drittel derer, die unter den Armen der Tuberkulose erlagen. Noch stärker trat dieser Gegensatz in einer Statistik hervor, die vor dem Kriege in Paris aufgestellt worden ist. Da betrug die Sterblichkeit an Tuberkulose unter den Armen die doppelte Zahl wie unter den Reichen. Diese Tatsachen zeigen zugleich, in wie günstiger Weise gute soziale Verhältnisse auf die Volksgesundheit und die Volksentwicklung einzuwirken vermögen.

Die Raucharbeit. Es ist festgestellt worden, daß sich die nicht tuberkulösen Krankheiten der Atmungsorgane unabhängig von den übrigen ansteckenden Krankheiten entwickeln, daß sie sogar steigend sind, während die Krankheitsziffern im übrigen absteigt. Von den Fachleuten wird als Ursache für diese Tatsache jetzt immer mehr der Rauch erkannt, wie ihn die Industrie hervorruft. Während in allen Orten mit mehr als 15 000 Einwohnern an vorübergehenden Erkrankungen der Atmungsorgane auf 100 000 252 Todesfälle kamen, hatten die Städte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sowie im oberschlesischen Industriegebiet weit höhere Zahlen, nämlich Duisburg 413, Mülheim a. Rh. 551, Essen 414, Dortmund 414, Gelsenkirchen 428, Herne 441, Hamborn 446, Oberhausen 462, Beuthen 317, Königshütte 414, Hindenburg 623 und Lipine sogar 788. Danach sind die Industriearbeiter mehr benachteiligt in ihrer Gesundheit als die Arbeiter anderer Berufe.

Rentabilität der Heilfürsorge. Daß die Heilfürsorge nicht nur volksgesundheitlich, sondern auch volkswirtschaftlich von großer Bedeutung ist, zeigen uns Zahlen über die Erfolge der Heilstättenbehandlung für Lungenkranke. Es waren nämlich 10 Jahre nach ihrer Kur noch voll erwerbsfähig 40 Proz.! 19 Proz. waren noch teilweise erwerbsfähig.

Gewerbliche Hautkrankheiten. Die Zahl der gewerblichen Hautkrankheiten ist bedeutend größer als die meisten glauben. Herxheimer bringt in der Deutschen medizinischen Wochenschrift eine Uebersicht über diese gewerblichen Hautkrankheiten, die beweist, wie sehr diese Krankheiten unter fast allen proletarischen Berufen verbreitet sind. Es bekommen dieses Leiden die Zementarbeiter durch Kalkätzung, die Drucker durch Kienöl, die Hutarbeiter durch mit Schwefelsäure angesäuertes Wasser, die Gärtner durch verschiedene Blumen, wie Primeln, die Pflegerinnen durch Formalin, Karbol, Sublimat usw., die Metallarbeiter durch denaturierten Spiritus, Schleiföle usw.

Keine Arbeit vor der Geburt. Nicht nur haben die Mütter und die Säuglinge unter den ungünstigen sozialen Verhältnissen zu leiden, sondern das soziale Leben wirkt schon auf die Frucht im Mutterleibe schädlich ein. Darüber schreibt Merletto in der Klinisch-ther. Wochenschrift. Vor allem haben die werdenden Mütter vor der Geburt zu ruhen. Arbeit bis zum Geburtstermin ist eine Gefahr für das Kind. Das ist besonders deutlich an dem Gewichte der Neugeborenen zu erkennen. Wenn die Mutter nämlich keinen Tag Ruhe vor der Geburt hatte, dann war das Gewicht des Neugeborenen 2752 Gramm. Hatte die Mutter nur 10 Tage geruht, dann war das Gewicht schon 2824 Gramm. Hatte die Mutter dagegen 20 Tage vor der Geburt Ruhe gehabt, dann war das Gewicht des Neugeborenen schon 3012 Gramm. Müßte das wirtschaftliche Leben nicht auf diese Notwendgkeiten Rücksicht nehmen?

Genossenschaftliches. Wie man Konsumvereine bekämpft. Ein Konsumverein des rheinisch-westfälischen Industriegebiets suchte für die in seinem Warenhaus einzurichtende Maßschneiderei einen tüchtigen Zuschneider und wollte deshalb ein Inserat einrücken lassen. Der Verlag lehnte dies mit folgender Begründung ab: „Auf Ihr gesch. Schreiben erwidern wir höflichst, daß Inserate von Konsumvereinen der Tendenz unseres Blattes widersprechen. — Wir bedauern daher, Ihre Anzeige im „Manufakturist" nicht veröffentlichen zu können."

Eine katholische Tageszeitung in Gelsenkirchen lehnte ein Inserat des Warenhauses derselben Genossenschaft mit folgendem Schreiben ab: „Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß wir aus prinzipiellen Gründen nicht in der Lage sind, Anzeigen Ihres Vereins in unserem Blatte abzudrucken."

Der praktische Erfolg dieser Ablehnungen war natürlich nur ein Ausfall in der Inserateneinnahme der beiden Blätter. Doch — wo rechts und Mitte sich so fest verbinden, darf links nicht fehlen. In einem durch seinen politischen Radikalismus weitbekannten Orte des Industriegebiets traten einem für die Konsumvereine werbenden Redner Unionisten und Kommunisten mit der Erklärung entgegen, sie billigten es nicht, daß durch die Konsumvereine die kleinen Geschäftsleute verdrängt würden, die sich durch Fleiß und Arbeit mühsam etwas weiter gebracht hätten. — Was für prächtige „Revolutionäre"!

Quittung

über eingegangene Gelder vom 1.—8. Oktober 1921.

Feldberg 1698.20, Magdeburg 1915.70, Marktleuthen 1839.20, Penig 1349.70, Solnhofen 1865.60, Husum 21.—, Essen Jns. 36.—, Altenburg Ab. 5.—, Züllichau 5.—, Scheessel 50.—, Löffingen 14.—, Weinböhla 35.60, Brünn 19.50, Nonnenbach Jns. 16.—, Selb 885.70, Naumünzach 669.40, Langensalza 1985.—, Groß-Steinheim 547.90, Haslach 1486.80, Hamburg 4437.50, Groschlattengrün 1291.10, Bochum 666.40, Büchlberg 1322.40, Anspach 519.70, Bayreuth 652.80, Frankfurt a. M. 4193.50, Hohenleuben 1472.80, Ludwigshafen 1552.30, Liegnitz 873.05, Plauen 1574.30, Paderborn 331.—, Rostock 3419.20, Reinersreuth 271.95, Demitz 132.50, Weinheim Jns. 24.—, Wasserburg 26.—, Oelsnitz i. V. 45.50, Reichenbach i. V. 77.—, Lübbecke 100.—, Vorbrück 105.—, Böckingen 91.—, Markneukirchen 45.50, Tangermünde 28.—, Montabaur 17.50, Wirsberg 1080.80, Cöpitz 232.50, Wunsiedel 1442.20, Wildemann 2163.50, Theuma 368.50, Trossenfurt 749.—, Schopfloch 769.—, Seebach 1673.—, Riesa 148.—, Pl.-Löwenberg 331.60, Mauer 1588.80, Mannheim 1771.70, Langenberg 295.50, Hornberg 1055.90, Hildesheim 851.90, Halberstadt 338.80, Halle 1786.10, Giersdorf 1043.90, Großheubach 826.10, Eberhardsreuth 336.50, Düsseldorf 877.70, Brandenburg 396.80, Allendorf 679.50, Leipzig 1475.—, Berlin 255.90, Fallersleben 20.—, Dettelbach Jns. 20.—, Bunzlau Jns. 92.—, München Jns. 10.—, Albensleben 551.20, Breslau 5388.50, Bürgstadt 1754.50, Crailsheim 1070.90, Derdingen 61.30, Erfurt 985.50, Gera 745.20, Hannover 2391.40, Jena 413.70, Kronach 532.20, Köditz 299.90, Kraftsdorf 597.40, Klipphausen 341.80, München 3754.90, Maulbronn 1000.—, Pirna 11 798.—, Saasen 443.40, Sproitz 1254.90, Steinach 12 850.58, Tittling 1545.85, Treffurt 817.60, Viechtach 413.10, Wriezen 76.10, Weidenberg 314.40, Wrexen 564.90, Weißenburg 1475.10, Wiegersdorf 408.50, Würzburg 1700.90, Wetzlar 2331.—, Tuntschendorf 1000.—, Stadtprozelten 146.50, Stettin 2186.60 Schwebenried 185.60, Sangerhausen 879.50, Speyer 401.70, S. u. Winterhausen 1918.60, Römhild 1032.20, Neumark i. Sa. 1013.20, Mühlhausen 566.60, Lautereden 2555.90, Lüneburg 216.80, Königswalde 1000.—, Königsberg 1127.80, Hunswinkel 486.—, Bielefeld 643.30, Höpfingen 400.—, Heigenbrücken 98.—, Fürstenwald 1619.20, Eckartshausen 104.30, Danzig 504.40, Wernigerode Jns. 16.—, Dettelbach 70.—, Theinheim 20.—, Hall Schw. 18.70.

Für Wiederaufbau des Leipziger Volkshauses Osnabrück 30.—.

Ludwig Geist, Kassierer.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Achtung, Steinbruchmeister! Sämtliche Steinbruchmeister im Bezirk Aue, Mittweida werden hiermit aufgefordert, ihre Adressen (Namen und Wohnort), sowie Nennung der Firma, bei der sie tätig sind, wegen eines Tarifabschlusses an den Obmann der Branche: Bruno Riedl, Frankenau bei Mittweida, sofort einzusenden!

Berlin. Nach Abschluß der Lohnbewegungen in beiden Sektionen kommen folgende Lohnsätze in Geltung: a) Bau- und Grabmalbranche. Für Steinmetzen 9.75 M. pro Stunde, für Schleifer usw. 9.55 M., für Hilfsarbeiter bis 3 Monate im Beruf 7.— M., für Hilfsarbeiter bis 6 Monate im Beruf 7.45 M., für Hilfsarbeiter über 6 Monate im Beruf 8.10 M. b) Marmorbranche. Für Steinmetzen 9.75 M. pro Stunde, für Schleifer, Fräser, Dreher 9.55 M., für Anfänger im Beruf im ersten ½ Jahr 6.85 M., nach ½ Jahr 8.20 M., nach ¾ Jahr 8.75 M., nach 1 Jahr 9.55 M. Für Frauen im ersten ½ Jahr 4.75 M. pro Stunde, nach ½ Jahr 5.60 M., nach ¾ Jahr 6.50 M. Für Hof- und Hilfsarbeiter im ersten ½ Jahr 6.85 pro Stunde, nach ½ Jahr 7.60 M., nach ¾ Jahr 8.20 M., nach 1 Jahr 8.55 M. Sämtliche Löhne in der Marmorbranche erhöhen sich in der am 1. November 1921 geltenden Lohnwoche um je weitere 25 Pf.

Alle Arbeiten in beiden Gruppen dürfen nur im Stundenlohn ausgeführt werden.

Die Ortsverwaltung, Zahlstelle Berlin.

Naumünzach. Die beiden Steinmetzen Rösch, Michl, geboren 13. April 1897 in Brinst (Bayern) und Asberger, Joseph, geb. 30. September 1897 in Wotzdorf (Bayern) sind von hier abgereist und haben ihre Interimskarten in Unordnung gelassen. Die Zahlstellen werden gewarnt, keine neue Interimskarte auszustellen.

Krug, Ludwig, Kassierer.

Karlsruhe. Das Mitgliedsbuch Nr. 40 657, auf den Namen Minell, Peter, lautend, ist entwendet worden. Vor Mißbrauch wird gewarnt!

Steinwiesen. Quittung. Für zwei kranke Kollegen haben einige Zahlstellen des 7. Gaues Unterstützung gespendet. Wunsiedel 10 M., Neusorg 24 M., Selb 50 M. Unsere Kollegen, die heute noch krank sind, sagen herzlich Dank.

Michael Kuhnlein, Kassierer.

Halle. Alle hier am Ort Arbeit suchenden Kollegen, ob vom Ort oder auswärts, haben sich, um Unannehmlichkeiten zu entgehen, beim Kassierer H. Patrik, Streiberstraße 9, zu melden. Nur durch diesen Arbeitsnachweis wird Beschäftigung vermittelt. Die Zahlstelle ersucht, diesen Hinweis streng zu beachten.

Adressenänderungen.

1. Gau.

Stralsund. Kass.: Gustav Rieck, Prohnerstraße 1.

4. Gau.

Wellerode. Vors.: Konrad Eberwein; Kass.: Johann Böhling.

5. Gau.

Herdecke. Kass.: Georg Roos, Hauptstraße 8.

6. Gau.

Naumünzach, Post Forbach, Murgtal i. Baden. Kass.: Ludwig Krug.

Briefkasten.

Ebersg. Bis zum Eingreifen der Unfallversicherung sorgt für den Verletzten die Krankenkasse bis zur 13. Woche. Von der 5. Woche wird dem Verletzten der Unfallzuschuß gewährt und damit das Krankengeld auf ⅔ des Grundlohnes erhöht. Während der Krankenhausbehandlung hat die Familie des Verletzten Anspruch auf Hausgeld, mindestens in der Höhe des halben Krankengeldes. Verschiedene Krankenkassen gehen aber über die Regelleistungen hinaus, so daß zur Beantwortung der Frage das dortige Statut und die bisher empfangene Unterstützung zu unserer Kenntnis gelangen muß.

Bobenhausen, W. Von einem Bericht ist der Schriftleitung nichts bekannt.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

„Der Firn", Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben, erscheint halbmonatlich und ist durch alle Buchhandlungen, alle Postanstalten oder direkt vom Verlag: „Der Firn", Berlin W 35, zu beziehen. Abonnementspreis: vierteljährlich (6 Hefte) 5.50 M.; bei Zustellung durch den Verlag 20 Pf. für Porto pro Heft extra; Einzelheft 1.20 M.; Probenummern kostenlos.

„Die Todsünde des Adam Stegerwald" von Ernst Heilmann, Preis 3 M. (Verl. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.) Gerade jetzt zu der Zeit, wo die Verhandlungen über die Umbildung der preußischen Regierung erneut gescheitert sind, erscheint zur rechten Stunde eine Broschüre, welche über die Entwicklung der Preußenfrage erschöpfend Auskunft gibt. Die Broschüre schildert in einer Einleitung die Taktik, welche die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Preußen zur Frage der Neubildung der Regierung eingeschlagen hat, und gibt dafür die dokumentarischen Unterlagen. Erst auf Grund dieses Materials wird es möglich sein, über die in der Partei seit Monaten am meisten umstrittene Frage, die Taktik in Preußen, ein sachliches und gerechtes Urteil zu fällen. — An Organisationen wird die Schrift mit ermäßigten Preisen geliefert.

Versammlungs-Anzeige.

Kein Mitglied soll fehlen.

Asbach. Sonntag, 16. Oktober, nachmittags ½8 Uhr, in Niederhausen beim Gastwirt Philipp Schanz V.

Bobenhausen. Sonntag, 16. Oktober, mittags 2 Uhr, in Eckartsborn beim Gastwirt Heinr. Werner.

Anzeigen

Jeder kann Schriftzeichnen nach meiner Methode!
Man bestelle eine Grabmalschrift mit Aufklärungssendung
Angabe der Steinart, vertieft oder erhaben erwünscht.
Franz Siegler, Bildhauer, Gießen (Hessen).

Tüchtige Steinmetzen für Grabsteingeschäft sucht
Gottl. Meyer, Herford i. W.

Stellen noch ein
Brecher, Stößer u. Kipper
auf Werk- und Pflastersteine
Grotenburger Sandsteinbrüche Carl Meier & Sohn, Detmold i. Lippe.

Marmorsäger!
Dauernde Arbeit.
Stettiner Steinindustrie GmbH. Stettin.

Tücht. Marmorsteinmetz in Dauerstellung sof. ges.
Albin Grunert Nachf., Hildesheim.

Geübte Marmorschleifer ges.
(Junggesellen). Nur schriftliche Angebote.
Fr. Wachsmuth, Bremen, Auf den Häfen 12—15.

Steinmetz gesucht
für Grabdenkmäler: dauernde Arbeit. Ausführliche Angebote erbet.
Granitwerk Wersau b. Reinheim (Odenwald).

Suche auf sofort einen selbständigen STEINMETZ, der auch Schrifthauen und zeichnen kann.
B. G. NANNINGA, LEER i. Ostfrsl., Bremer Str. 13—15.

Tüchtige Marmorschleifer
stellt sofort ein
Rottwerndorfer Marmorwerk Hein & Fleck, Rottwerndorf (Pirna)

2—3 tücht. geübt. Handschleifer
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Heilmann & à Brassard, Mormorwarenfabrik, **Osnabrück.**

Gelernter Marmorschleifer
auf Hand, teilweise auf Rundschleifmaschine für dauernd auf sof. ges.
Friedrich Schulze, Marmormarenfabrik, **Halle a. S.**

Suche für sofort
2 tüchtige Steinmetzgehilfen
die in allen vorkommenden Arbeiten
der Grabsteinbranche bewandert sind
KARL SCHIRMEL, BURG b. Magdeburg.

2 tüchtige Schrifthauer auf sofort gesucht. Tariflohn 7,90 Mark.
J. Laukhof, Stein- und Bildhauerei, Herford i. Westfalen.

Tüchtige Hand- und Maschinenpoliseure stellen ein
Stein- und Marmorwerke G.m.b.H
vorm. Steinwerke Jaminet G.m.b.H., Essen, Töpferstr. 104.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Altenhain** am 27. August der Pflastersteinarbeiter **Robert Berdermann,** 58 Jahre alt, Herzschwäche.

In **Löbau** am 17. September der Granitsteinmetz **Heinrich Wedlich,** 61 Jahre alt, Gehirnblutung.

In **Berlin** am 19. September der Sandsteinmetz **Paul Otto,** 46 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Bürgstadt** am 21. September der Brecher **Otto Reichert,** 55 Jahre alt, Unfall.

In **Freiburg i. Bad.** am 22. September der Sandsteinmetz **Daniel Geiger,** 50 Jahre alt, Lebererkrankung.

In **Mittweida** am 29. September der Pflastersteinmacher **Karl Bräuer,** 53 Jahre alt, Schlaganfall.

In **Steinach** am 29. September der Griffelmacher **Friedrich Hausdörfer,** 50 Jahre alt, Magenleiden.

In **Bobenhausen** (Bergheim) am 2. Oktober der Pflastersteinmacher **Anton Emrich,** 33 Jahre alt, Blutvergiftung.

In **Striegau** am 2. Oktober der Granitsteinmetz **Gust. Weiß,** 30 Jahre alt, Nierenleiden.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse", Leipzig.